

Kommunistische Plattform der Partei DIE LINKE Niedersachsen  
LandessprecherINNENrat

## Monatsbrief Oktober 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

zunächst wollen wir unser September- Rätsel auflösen:

Das Zitat stammt von Nicolo´ Machiavelli (1469- 1572) aus einem seiner Hauptwerke: Il Principe (nach der Übersetzung vor R. Zorn). Wie erwartet, gab es eine ganze Reihe von richtigen Einsendungen (nicht nur aus Niedersachsen!); also musste das Los entscheiden. Wir gratulieren der Genossin Ulrike Domes aus Hildesheim, die inzwischen ihr Buchpaket erhalten hat.

Eine ausführliche Analyse der Ergebnisse der Bundestagswahl wird, zusammen mit dem Ergebnis der Landtagswahl, auf unserer Landeskonferenz am 18. November in Hannover erfolgen. Als Gast werden wir die Genossin Ellen Brombacher begrüßen dürfen.

Die Tatsache, dass unsere Partei relativ (plus 7,0% und nicht plus 0,6%!) und absolut (plus 400 000 Zweitstimmen) hinzugewonnen hat und nach wie vor in der Wählergunst vor den Grünen liegt, ist natürlich kein Grund zum Jubeln.

Es ist ein Skandal, dass als Folge der Schwäche der Linken eine offen rassistische, völkische, nationalistische und faschistoide Partei als drittstärkste Fraktion den deutschen Bundestag bevölkern wird! - Unsere Partei hat im Osten dramatisch verloren (das Wahlergebnis für Bodo Ramelow brauchen wir wohl nicht zu kommentieren?!).

Deutliche Gewinne können dort verzeichnet werden, wo ein Oppositionswahlkampf geführt wurde. Wir hoffen, dass dies zu weiteren konstruktiven Diskussionen in unserer Partei führen wird. Auch in Niedersachsen! Das Wahlergebnis hier, eines der schlechtesten bundesweit, zeigt, dass der Wiedereinzug in den Landtag keineswegs gesichert ist. Da muss noch eine Schippe draufgelegt werden!

Mit der Friedensfrage punkten, die Sozialdemagogie der SPD entlarven, erklären, wie eine Bildungspolitik, die gleiche Chance für alle bietet, auszusehen hat... Das sind Themen, die von unseren Kandidatinnen und Kandidaten in den Podiumsdiskussionen offensiv nach vorne gebracht werden müssen!

Und nicht verschweigen sollten wir, dass es sich keineswegs um ein Naturgesetz handelt, wenn das gesamte gesellschaftliche Leben den Verwertungsinteressen des Kapitals untergeordnet ist.

An dieser Stelle möchten wir erneut für den Bezug unserer monatlichen *Mitteilungen* werben, die mittlerweile im 26. Jahrgang erscheinen (Spendenempfehlung 1 Euro plus Porto; das sind 15 Euro jährlich). Auch das Landesamt für Verfassungsschutz ist Abonnent. Das ist doch wohl Empfehlung genug!

Mit solidarischen Grüßen

Für den LandessprecherINNENrat:  
Christine Melcher und Ulrich Vanek